

Neue Tageszeitung

Die „Neue Carvezeitung“ erscheint jeden Freitag, regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnfabrik“. Bezugspreis: Bei den Contakanten vierteljährlich RM. 2.40 hinzu tritt noch das Beilagenloz; bei den übrigen monatlich 85 Pfg. einschließlich Trägertloz. Anzeigen: Grundloze 20 Pfg., totale 20 Pfg., Anzeigen aus auswärts werden durch Postnahme erhoben. Geschäftsans: Altdorf, Schriftleitung und Verlag: (erleben/Hessen) Verlagsverträge 12. Fernsprecher 43, Postfach-Conto Nr. 1853, Tel.-Vertrag Nr. 4. 37.

Der neue deutsche Angriff.

Südwestlich und östlich von Reims in Teilen der französischen Stellung eingedrungen.

16500 Tonnen versenkt. — Graf Barian über die Kriegsziele und das Bündnis mit Deutschland.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. E. S. Großes Hauptquartier, den
15. Juli. Amtlich.

Weilacher Kriegsschanzplatz.

Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südwestlich, von Ypern griff der Feind gestern früh nach starker Feuer vorbereitung an und drang in geringer Breite in unser Kampfgelände ein. Widerseits der Zugangsüber Artillerietätigkeit; sie lebte am Abend auch an der übrigen Front auf.

Seeresoruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Befestigungsarbeit lebhaft. Vertheilte Infanteriegefechte südlich von St. Pierre-Vigle und im Savieres-Grunde.

Lieutenant Loewenhardt erlang seinen 35. Geburtstag.

Der Erste Generalquartiermeister: *Quendenoff*.

Abendbericht.

Berlin, 15. Juli, abends. (W. Hentrich.) Südwestlich und östlich von Reims drangen wir in Teile der französischen Stellungen ein.

Frangösischer Bericht vom 15. Juli, 2 Uhr nachmittags.
Nach einer kurzen Artillerievorbereitung griffen die Deutschen heute Morgen von Chateau-Thierry bis Main de Massiges an. Unsere Truppen hatten den Aufstoß des Feindes auf einer Front von circa 80 Kilometer tapfer aus. Die Schlacht nimmt ihren Fortgang.

Der österreichische Generalstab
meldet: =====

Wien, 15. Juli. (WB.) Ähnlich wird verlautbart: In den Gebirgsfronten ist beiderseits die Artillerieleistung lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 15. Juli. (1873.) Nordwestlich des Zillebekersees
 und westlich des Dorfes Kemmel waren gestern unter Einbe-
 halt von Gefangenen feindliche Patrouillensoldatſche abgesehen.
 Von Pyren bis zum Kanal von La Basse lebte die Artillerie-
 ſtätigkeit auf und hielt auch in den Nachtstunden an. Erhöhte
 Geschützſtätigkeit im Abschnitt Boormege-Kemmel. Eigenes
 Artilleriefeuer ergabte feindliche auf die Stützwerke von
 Perquin. Eine größere feindliche Patrouille, die südwestlich
 Buquon vorrücken wurde abgesehen. Südlich der Aline geſteig-
 erte Artillerieſtätigkeit. Im Abschnitt südlich von Pierre-Alge
 und Sautere lebte die Geschützſtätigkeit wieder auf. Wir mach-
 ten Gefangene. Compigne lag auch gestern wieder unter unse-
 rem Feuer.

16500. Tonnen versenkt.

Berlin, 14. Juli. (BB. Amtlich.) Im Sperrgebiet
am England wurden durch die Tätigkeit unserer 11-Boote
16500 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelsschiff-
raum vernichtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

23 million.

Die Vorgänge an der Murman-Küste.

Ueber Nord-Norwegen wird der „Vossischen Zeitung“ berichtet: Nach in Alexandersdorf eingelaufenen Nachrichten soll General Rißel zum Befehlshaber über die von Murman aus operierenden alliierten Streikräfte ausersehen sein? Anfang dieser Woche sind in Alexandersdorf drei weitere deutsche Transporte eingelaufen. In Kandalaksch und Kem sind ordentliche Werkbüreaus errichtet, die der örtlichen Bevölkerung den Eintritt in die alliierten Truppen 150 Rubel pro Mann und Mo-

nat versprochen. Bisher soll die Kamerung von etwa 2000 Mann bereits gelungen sein. Wie ferner gemeldet wird, hat sich Admiral Kemp nach Archangelssk begeben, um dort den auf direkten Seeweg aus England ankommenden Sir John Buchanan zu erwarten. Buchanan wird begleitet u. a. von dem Legationsrat Bruce und dem früheren britischen Militärattaché in Petersburg Oberst Knox. Der in Archangelssk trotz und neben der britischen Gewaltpolizei noch immer fungierende britische Comjet hat aufgrund des neuen Erlasses der Moskauer Regierung, wonach der Fernreiseverkehr nach und aus Archangelssk verboten wird, die Arbeiterorganisation der Eisenbahn Archangelssk-Bologha angewiesen, Buchanan die Weiterreise zu verweigern.

Heiligkeit in den Händen der Bolschewiki?

Wafel, 16. Luft. Die „Morning Post“ meldet, daß die englische Truppenabteilung an der Murmanküste um 1500 Mann verläßt wurde, die am letzten Donnerstag dort ausgeschifft worden sind. Archangelsk ist wieder von Bolschewiktuppen besetzt.

Erfolge der Mädetruppen.

Moskau, 11. Juli (1903). Briefeinsendungen zufolge sind Syttam und Bugno von den Rädetruppen genommen worden, die auch aus Samopol vorrückten. Der Adjutant Nikolajew befindet sich gleichfalls in der Hand der Rezerierungstruppen. Am der Front Adelschajin und Getatschurbin wird von einer Aufzählung der tschechischen Truppen mit ihren Führern berichtet. Aus Sibirien wird berichtet, daß sich die Verhandlungen zwischen der tschechischen Regierung und Japan wegen der zu schließenden Verträge, die Japan für seine Hilfe stellt, hingezogen. Die Sitzung des allrussischen Sowjetkongresses am 9. Juli wurde von Trexel mit einem Bericht über die Unterdrückung des Aufstandes der linken Sozialrevolutionäre eröffnet.

Der Kampf gegen die Sozialrevolutionäre.

Moskau, 12. Juli. (W.A.) Die Presse bringt Rundgebungen verschiedener Arbeiterorganisationen und einzelner Parteimitglieder der linken Sozialrevolutionäre, die die Handlungsweise der Partei verurteilen. Ebenso wird berichtet, daß ein Teil der linken Sozialrevolutionäre zu den Volkswewi, ein Teil zu den rechten Sozialrevolutionären übergegangen sei.

„Brawda“ veröffentlicht folgende Entschliebung des allrussischen Arbeiterkongresses: „Die Organisatoren und Teilnehmer am Geländemord und an den Aufständen haben ihre Stellung als Rätepartei und die amtliche Stellung ihrer Mitglieder mißbraucht. Der Kongreß verlangt eine strenge Bestrafung der Verbrecher. Die Sowjetteile der linken Sozialrevolutionäre sind solidarisirt mit den Verbrechern. Für solche Organisatoren ist kein Platz in den Deputiertenräten. Die Hauptaufgabe der Rätegewalt ist die Erhaltung des Friedens. Nur im Falle eines fremden Vornarrsches ist es Pflicht aller Arbeiter, Bauern und ehrlicher Bürger, das Land gegen die Imperialisten zu verteidigen.“

Die Sitzung des allrussischen Sowjetkongresses am 9. Juli wurde von Trotski mit einem Bericht über die Unterdrückung des Aufstandes der linken Sozialrevolutionäre eröffnet. Er führte aus, daß kein denkbarer Bauer, Arbeiter und Soldat den Krieg mit Deutschland neu zu beginnen wünscht.

Das Attentat gegen den Zaren.

Der schwedische Leutnant Barkman, der soeben aus Rußland nach Stockholm zurückgekehrt ist, wo er im Auftrage des schwedischen Flotten Kreuzes die Gefangenenerlöser beschäftigt hatte, bezeugt, daß der Jare nicht ermordet worden sei. Leutnant Barkman traf, laut „Post. Hg.“, in Peran eine völlig vertrauenswürdig Persönlichkeit, die in Jekaterinburg während des dort gegen den Jaren gerichteten Attentats anwesend war. Nach deren Aussagen spielte sich das Attentat folgendermaßen ab: Ein gutgebildeter Mann warf beim Vorübergehen vor dem von der Jarensfamilie bewohnten Hause eine Bombe in des Vorzimmers, die auch explodierte, ohne jedoch den Jaren zu treffen, der sich in den inneren Gemächern befand. Im nächsten Augenblicke gelang es dem Attentäter, zu entfliehen. Der Thronfolger aber, der ohnehin in der letzten Zeit sehr leidend gewesen war, erlitt vor Schreck einen Herzschmerz und soll angeblich bald darauf gestorben sein. (Die Nachricht ist, wie so viele andere, mit Vorbehalt aufzunehmen.)

Grav Mirbachs Zeichnung.

Harß, 15. Juli. (WB.) Heute morgen gegen 10½ Uhr fand in der Rhengruss des alten ehrwürdigen Gebäudes des Wirtsch die Beisetzung der Leiche des in Moskau ermordeten kaiserlichen Botschaften Grafen Wilhelm v. Wied ab in einfacher aber würdiger Weise statt. Die im Schloß aufgebahrte Leiche war mit einem Tuche in den deutschen Farben bedekt. Zahlreiche Kränze waren am Sarge niedergelegt, darunter von Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin, vom Reichsfürst Grafen Hertling, vom Auswärtigen Amt, von der russischen Sowjetregierung, von der bulgarischen und türkischen Botschaft in Moskau, von den deutschen Offizieren in Rußland sowie von den deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Als Vertreter des Kaisers war Oberpräsident Freiherr v. Groote-Golzow anwesend, als Vertreter des Auswärtigen Amtes Staatssekretär Freiherr v. Stumm und Geheimter Legationsrat v. Vossowitz; ferner war eine Abordnung der Sowjetregierung, an der Spitze Generalsekretär Sergei Chibnow erschienen, eine Vertretung des rheinischen Weins, eine Abordnung der Münchener Militärkassiere, denen der Verstorbene als Reserveoffizier angehört, und Regierungspräsident v. Dahmgen. Nach der Einbringung im Schloß setzte sich der Leichenzug zur Kapelle in Bewegung. Der Herr v. Harß hielt die Beileidungsansprache, in der er des erschütternden Ereignisses der Moskauer Mordtat gedachte und die Verdienste des Verstorbenen würdigte.

Moskau, 14. Juli. (W.B.) Der mit der Vertretung der russischen Regierung bei der Beilegung des verstorbenen Grafen Wirbado beauftragte General Sergei Wwanotowitsch Odinzow ist der frühere Chef der 111. kaulatischen Division und derzeitiges Mitglied der russischen Friedensdelegation in Wien.

Gurian über die Kriegsspiele und das Bündnis mit Deutschland.

Wien, 15. Juli. (WB.) Die den beiden Ministerpräsidenten vom Minister des Reichers zugegangene Mitteilung über eine Auffassung der auswärtigen Lage lautet u. a.: In den gegnerischen Kriegszielen erkennen wir drei Gruppen von Bestrebungen, mit denen verknüpft wird, das Fortsetzen des blutigen Ringens zu rechtfertigen: 1. Freiheit aller Völker, die einen Weltbund bilden und ihre Streitigkeiten künftig schiedsgerichtlich antragen; 2. Jede gegenseitige Beherdigung muß ausgeschlossen sein; 3. Gebietsveränderungen auf Kosten der Mittelmächte. Außerdem, insbesondere bezüglich Oesterreich-Ungarns, innere Zerstückelungen zum Zwecke der Bildung neuer Staatswesen. — Söchtlich stehen zwischen den friedführenden Parteien eigentlich nur die Ziele territorialer Natur. Für Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Völkerrfrieden und Gleichberechtigung als Gebote einer zeitgemäßen politischen Auffassung wollen wir uns selbst einlegen. Auch besteht in diesen allgemeinen Grundsätzen kein Unterschied. Auch den neuen vier Punkten Wilsons werden wir warm zustimmen können. Wir sind immer bereit, mit allen Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten. Sühne für gelantes Unrecht können wir ihnen gegenüber mit viel mehr Recht verlangen; denn wir sind die Angegriffenen.

Ueber das Bündniß mit Deutschland sagte Barian: Die ins Gemeinbewußtsein gedungenen Erfahrungen aus langer Bündnißzeit deranlassen uns zu einem Ausbau des Bündnisses streng im Geiste des alten Vertrages im Einklang mit den Wünschen der überwiegenden Massen der Völker in befriedigender Lösung aller aus dem Kriege entstandenen Fragen. Der neue Bündnißvertrag soll die vielfachen wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen den geänderten Verhältnissen anpassen sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen unter Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung lösen und über den Verhandlungen steht als oberster Grundsatz die Souveränität, die volle Parität und Unabhängigkeit der vertragsschließenden Mächte. Das Bündniß soll auch künftighin gegen niemand eine Bedrohung oder Unterdrückung bedeuten.

Landsowne ausgepiffen.

Basel, 18. Juli. „Daily Mail“ meldet: Lord Landsowne wurde am Freitag, als er zu den Wählern seiner Grafschaft über einen Verbandsungsfrieden reden wollte, ausgepiffen.

Gegen Kerenskij's Propaganda.

Dass der russische Charakter auch in Frankreich nicht ernst genommen wird, zeigt folgende Erklärung des Ausschusses der Gewerkschaften der optischen Arbeiter in Paris: „Der Ausschuss erhebt Widerspruch gegen die planmäßige, von allen revolutionären Kräften geführte Verleumdungskampagne und lehnt es ab, irgend einem russischen Sendboten Vertrauen zu schenken, solange den Bolschewisten der Eintritt in Frankreich verweigert bleibt. Er spricht Kerenskij jede Berechtigung ab, im Namen des russischen Volkes von der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu sprechen, während seine Diktatur nur eine neue Niederlage darbringt, und ist der Meinung, dass Länder, die behaupten, für die Freiheit der Völker zu kämpfen, die erste Pflicht haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen.“ Die Pariser Arbeiterklasse lehnt die zum größten Teil Russen sind, sind offenbar schärflicher als die französische Zensur.

Die Wallonen für einen Förderationsstaat.

Brüssel, 14. Juli. (WB.) Der im März 1918 zusammengetretene besondere Ausschuss für die Verteidigung Walloniens nimmt in einer Erklärung die jüngste Kundgebung des „Rates von Flandern“ zum Anlass, um auch vom wallonischen Standpunkt aus erneut die Notwendigkeit zu betonen, zwischen Flandern und Wallonien eine weitgehende kulturelle und politische Scheidung durchzuführen. Unter Hinweis auf die gegenseitige Abhängigkeit, besonders wirtschaftlicher Art, müsse aber das Ergebnis der Trennung nicht die Schaffung zweier völlig voneinander losgelöster Staaten, sondern die Bildung eines Förderationsstaates sein. In internationaler Beziehung hätten Wallonien und Flandern das gleiche Interesse daran, den Gedanken an einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege zurückzuweisen.

Rückkehr verschleppter Gläser.

Konstanz, 18. Juli. (WB.) Heute vormittag 112 Uhr trafen mit Sonderzug von Singen kommend 800 Gläser hier ein, die bei Kriegsausbruch nach Frankreich verschleppt worden waren.

Immer noch Kampfpause.

Noch hält sie an; noch weiß niemand, wann und wo das neue Ereignis losbrechen wird. Aber es kommt, darauf können wir uns verlassen; und mit der Länge der Kampfpause wächst auch die Gewalt des Neuen, dessen Vorbedeutung nach allen erdenklichen Seiten hin gegeben sein wird. Schon vor einiger Zeit erwähnten wir, dass feindliche Stimmen eine Gegenoffensive doch ankündigten, jetzt behaupten wiederum einige Stimmen, diese Gegenoffensive sei bereits im Gange. Also die Zeilangriffe der Entente, wie sie vor kurzem bei Mailleul und westlich der Yser stattfanden, werden als „Offensive“ bezeichnet. Man ist sich scheiden geworden. Zufälligermaßen diese täglichen Zeilangriffe und Luftveruche sind wohl belästigend, berufen uns an den betroffenen Frontabschnitten Mitharbeit, aber sie können niemals den Gang der Dinge selbst aufhalten. Unsere Vorbereitungen werden in aller Ruhe und Gründlichkeit getroffen.

Die Lage im Osten ist noch nicht geklärt. Unser Reichsamtler hat mit bemerkenswerter Deutlichkeit diese Lage skizziert. Die russische Regierung hat den guten Willen, mit uns freundschaftlich und loyal zu arbeiten; ob sie es wegen der Unverschiedenheit der eigenen Stellung durchführen kann, ist die Frage. Also: Mund zu, aber Augen und Ohren auf. Daß wir in unserer militärischen Stärke vor irgendwelchen Zwischenfällen im Osten keine Sorge haben brauchen, ist klar. Wenn wir Finnland mit ansehnlichen Truppenaufgeboten helfen konnten, wenn wir unsere Disziplin jetzt mit noch immerhin beträchtlichen Kräften sichern, wenn wir mit starken Teilen der Ukraine zu Hilfe eilen konnten, so sind wohlwollend genug Kräfte vorhanden, um bei einem Ausbruch der Lage im Osten eingreifen zu können, ohne daß eine Genüßüberhebung im Westen eintritt.

Da letzteres die einzige Hoffnung der Entente ist, muß sie dies recht deutlich gesagt werden. Vorläufig aber wollen wir hoffen, daß es nicht nötig wird und daß die russische Regierung sich nicht durchsetzen können.

An sonstigen Kriegsergebnissen ist die Frontzurücknahme der 4. u. 7. Truppen in Albanien bemerkenswert, nicht etwa, weil dort Italiener und Franzosen einen großen Erfolg errangen hätten — die kleinen Gefangenenzahlen beweisen das Gegenteil —, sondern weil die Entente auf Grund ihrer schädlichen Lage auf dem Hauptkriegsschauplatz eine solche Diversion für nötig gehalten hat. Die Entente ist in Albanien ist nun etwas in Höhe der magenontischen Front aufgerückt, ob mehr zu erwarten steht, läßt sich noch nicht sagen. Es scheint fast, als ob die Bewegung bereits ins Stocken geraten sei. Der Geländegewinn an sich ist allerdings ziemlich beträchtlich, aber das regnerische, zerfallene Gebirgsland hat keinerlei Wert. Die Aufgabe selbst weiter Gebietsziele spielt dort nicht die Rolle wie auf dem westlichen Kriegsschauplatz. — Bemerkenswert ist schließlich noch das amerikanische Gelingen und Scheitern des Bombenfluges nach Koblenz. 6 Flugzeuge waren aufgestiegen, erst fielen 5, dann auch noch das letzte in unsere Hände. Wie, ist noch nicht ganz geklärt, jedenfalls sind die Besatzungen gefangen. Es

ist doch nicht so einfach, Krieg zu führen, wie sich die Amerikaner gedacht haben. Und der Besatzungsstand nach Koblenz, der vielleicht zu einem Ereignis erster Ordnung hätte aufgebracht werden sollen, ist zu einer üblen Blamage geworden. Zwischen Helden und Taten ist eben ein großer Unterschied, das wird auch das Ende der Kampfpause erneut darlegen.

Postverkehr mit der Ukraine.

Berlin, 14. Juli. (WB.) Nach der Ukraine können fortan gewöhnliche offene Briefe, Postkarten und Warenproben befördert werden. Zugelassen sind vorläufig die deutsche und die russische Sprache. Die Sendungen sind nach den Sätzen des Weltpostverkehrs freizumachen.

Ukrainischer Zucker und Süßigkeiten-Industrie.

Berlin, 14. Juli. (WB.) Aus der Einfuhr von ukrainischem Zucker wird nach Entschließung des Kriegsernährungsamtes die Süßigkeiten-Industrie beliefert, die künftig ihren Hauptrohstoff, den Zucker im Rahmen der Einfuhrbeschränkung auf 25 Prozent der früheren Verbrauchsmengen zum Preise des ukrainischen Zuckers von 6,25 Mark das Kilogramm bezahlen muß. Auch die Preise der weiteren Rohstoffe Mandarinen-Sirup und Stärke-Sirup werden diesem hohen Zuckerpreise angeglichen. Infolge der bedeutenden Rohstoffpreiserhöhung mußten auch die bisherig festgesetzten Höchstpreise für Süßigkeiten stark erhöht werden, nämlich beim Kleinverkauf von Karamellbonbons auf 5,72 bis 6,30 Mark je nach Qualitätsgruppen, Konfektbonbon auf 5,50 bis 5,92 Mark, Bonbons und Dessertbonbons auf 5,92 bis 7,10 Mark das Pfund. Die Süßigkeiten-Industrie, die schon bisher durch Sonderzuschüsse auf den Industriezucker zur Verbilligung des Gesamterzeugnisses beitragen mußte, hat durch die neuen Aufschläge der Rohstoffpreise künftighin sehr bedeutende Kosten zu Gunsten der allgemeinen Zuckerherstellung zu tragen. Auch die Ausbringung der erforderlichen sehr bedeutenden Betriebsmittel wird bei den außerordentlich hohen Rohstoffpreisen künftig eine besonders schwierige Aufgabe der Industrie bilden. — Die letzte Rohstoffbelieferung der Süßigkeiten-Industrie mit deutschem Zucker erfolgte Anfang Mai, seitdem war die Zuckerteilung von der Verteilungsstelle in Würzburg nach Verfügung des Kriegsernährungsamtes gesperrt, so daß die Fabriken meist schon seit Monatsfrist still standen. Hieraus erklärt sich der Mangel an inländischen Süßwaren im Handel. Auch die neue Freigabe ukrainischen Zuckers ermöglicht angesichts des Fehlens fast sämtlicher übrigen Rohstoffe nur noch eine Herstellung von etwa 15 Prozent der Friedensproduktion an Süßwaren.

Wem gehören Schwedens Sympathien?

Zu den neuerlichen Liebeserklärungen des verbandsfreundlichen schwedischen Sozialistenführers Branting an England bemerkt das Gothenburger Blatt „Nidi“ vom 3. Juli: „Mr. Branting hatte kaum seinen Fuß auf den geliebten englischen Boden gesetzt, als er schon erklärte, daß in ganz Schweden ein wachsendes Gefühl von Sympathie für den Verband bestehe“. Und wenn „Mr.“ Branting fortfährt und mit Enthusiasmus von den angenehmen (?) Sonderbeziehungen zwischen Schweden und England zu sprechen beginnt, so war das jedenfalls bedeutend mehr, als John Bull nach dem kleinen Drama in zwei Akten: „Die schwedische Handelsflotte oder das Leben“ zu erwarten gewagt hatte, wo er selbst kürzlich die Rolle des Räubers und des schwedische Volk die des armen Braubens gespielt hatten.

Hier in Schweden sind wir indessen nicht eben so entzückt von „Mr.“ Brantings Erklärungen, wie man es im Lande John Bulls ist. Wir sind hier der Ansicht, daß „Mr.“ Branting gelogen hat. Es gibt gewiß keine wachsende Sympathie in Schweden für das glatte England, im Gegenteil! Wir verabschauen täglich mehr die Überheblichkeit Englands. Wir hohnlächeln über seine Gescheit, wenn es unter den durchsichtigen Vorwänden sowohl in Amerika, England, Island wie an anderen Stellen unsere Waren beschlagnahmt! Wir hoffen die englische Lüge, die ein rückfichtloses, berechnendes Krümmerpaß zu Gottes milden Engeln machen will, die zur Erde niedergebacht wurden, um die Schwachen und Kleinen zu schämen! Und nicht zum wenigsten hoffen wir die englische Feigheit, die halbe Welt für den englischen Imperialismus bluten zu lassen, während England selbst sich dort in der bestmöglichen Weise abseits hält, wo die Engeln am dichtesten fallen!

Und im Gegensatz zu allem diesem bewandern wir täglich mehr das deutsche Volk wegen seiner Mündigkeit, seines Mutes und seiner Ausdauer. Kein Schwede, der die Ueberlieferungen des Vaterlandes aus vergangenen Zeiten der Größe und des Selbstums selbst, kann diesem Volk seine Achtung und Sympathie verweigern, das einer gegen zehn dasieht und sich doch so wunderbar wehrt. Niemand mit Ehre in der Brust kann umhin, mit den Deutschen zu sympathisieren, wenn er sieht, was die geschätzten Engländer in ihrer blinden und törichten Hoffnung auf einen endlichen Sieg, dank innerer Revolutionen in Österreich und Deutschland für Schurkenstreiche gegen den deutschen und auch neutralen Handel nach dem Kriege planen. So, wahrlich, „Mr.“ Branting liegt, wenn er von wachsenden Sympathien für das englische Volk spricht! Für das deutsche Volk nehmen die Sympathien beständig zu! Nach einem erfolgreichen Kriege mag Deutschland noch so stark und hart werden: treulos lumpig und heuchlerisch wie England wird es niemals sein!

Ausschluß Lichnowskys aus dem Herrenhaus.

Berlin, 18. Juli. Die Geheimnisse des Herrenhauses dauerte gestern von 10 Uhr bis gegen 3 Uhr. Die Aussprache war außerordentlich lebhaft und ausgedehnt. Dem Vornehmer nach fanden zwei Anträge zur Beschlußfassung, von denen der eine den dauernden Ausschluß des Fürsten Lichnowsky aus dem Herrenhaus, der andere den zeitlich begrenzten Ausschluß verlangte. Es verlautet, daß schließlich der erste dieser beiden Anträge angenommen worden sein soll. Die amtliche Bekanntgabe eines solchen Beschlusses dürfte indessen erst später erfolgen, da der Beschluß, um rechtsträftig zu sein, noch der kaiserlichen Genehmigung bedarf.

Prozeß Erzberger-Schönburg.

Dresden, 13. Juli. Die Klage des Abgeordneten Erzberger gegen den sächsischen Grafen Schönburg ist nicht zurückgefallen. Wohl hat Schmerzberger das Bedürfnis gefühlt, die Sache auf gutlichem Wege beizulegen, Graf Schönburg aber hat dazu keine Lust. Wie das sächsische Zentrumorgan, die „Sächsische Volkszeitung“, mitteilt, sind alle Vergleichsversuche und auch ein Parteischlichtungsgericht abgelehnt worden. Den Grafen Schönburg vertritt ein sächsischer Parteifreund, der gegenwärtig Bismarckmaterial gegen Erzberger sammelt. Der Prozeß dürfte vor September nicht zur Verhandlung kommen.

Die „Marcellaire“ im Kurgarten in Baden-Baden.

Am Montag, den 1. Juli 1918, hatten die Kurgäste in der Perle des Badenerlandes diesen hohen Genuß! Sie hörten, saugten und belästigten die Darbietung und ahnten aneinander nicht, daß wir im vierten Jahre des Weltkrieges leben, an dessen Urkata und Dauer ja Frankreich nicht unschuldig sein soll. Draußen steht noch immer unter Volk im blutigen Ringen; rufende Besangene verkünden uns von dem Fürstbaren ihres Erlebens in Frankreich — in Baden-Baden, im städtischen Kurhaus, wird die französische Nationalhymne gespielt und belästigt! Die Kurgäste in Baden-Baden mögen zurzeit so einen besonderen „internationalen“ Anstrich haben, aber Kurhausdirektion, Stadtverwaltung möchten wir doch daran erinnern, daß Baden-Baden in Deutschland liegt.

Vom Burenkralismus der Kriegsgefehltschaften.

Eine Nachrichtenstelle teilt mit: Der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Teile und Fette hatte kürzlich den Fleischern vorgeschrieben, genau anzugeben, ob die abzuliefernden gebrühten Füße von Bullen, Schafen, Stieren, Rindern usw. herrühren. Die Schlächter waren darüber sehr erstaunt und konnten sich nicht erklären, zu welchem Zweck eine solche Anordnung, die gar nicht durchzuführen ist, erlassen worden war. Gebrühte Füße von Bullen, Schafen, Stieren usw. sind nämlich nicht zu unterscheiden. Auch hat es gar keinen Wert, Angaben zu machen, die niemals nachgeprüft werden können. Auf die vielen Anfragen hat nun der Kriegsausschuss die Antwort erteilt: Die Angaben sind der Kontrolle, wie der für die Statistik der Organisation nötigen Unterlagen wegen zu machen, um eventuell ermitteln zu können, ob nicht auch Rälberfüße unbedachtigermesse mitabgeliefert worden sind. — Uns scheint als ob es einfachere Mittel der Kontrolle geben müßte, als den Fleischern Schreibarbeit aufzubürden.

Verschiedenes.

8000 Schweine freigelegt. Wie der Abgeordnete Wels im Reichsausschuss mitteilte, sind in den Schlachtküchen der Heeresverwaltung auf dem Zentralviehhof in Berlin nicht weniger als 8000 Schweine freigelegt. Das kennzeichnet die Sorgfalt, mit der mit den wertvollsten Nahrungsmitteln umgegangen wird. Ein Ausfall von 8000 Schweinen aus dem knappen Ernährungsmaterial ist doch unerhört.

Kaum glaublich! In Troßberg in Oberbayern ist der französische Zivilgefangene Rene Dupont untergebracht. Unter welchen Verhältnissen er sein kümmerliches Gefangenleben verbringt, geht aus einer Erklärung hervor, die er an das Troßberger Wochenblatt gerichtet hat und die das Blatt auch wirklich veröffentlichte. Monsieur Dupont wendet sich gegen „einige sehr bekannte Frauen von Troßberg“, die angeblich behaupteten, er, Monsieur Dupont, habe mit seiner früheren Hausfrau die Flucht ergriffen. Dann wird Herr Dupont groß und deutlich und erklärt: „Ich warne dich, Weib, ihre Lästereien besser im Zaume zu halten, da ich sonst gezwungen wäre, gegen sie Sachen aus Tageslicht zu bringen, welche nur reine Wahrheit enthalten und über welche die Einwohner von Troßberg sehr überläßt sein werden.“ Soviel Phantasie, um sich vorzustellen, ein deutscher Zivilgefangener in Frankreich hätte eine ähnliche Erklärung vom Stempel lassen, wird in Deutschland wohl kein Mensch befehlen. Die deutsche Gemütslichkeit in allem veran, aber diese Geschichte streift doch bedenklich nahe an die bekannte Dufrenoy.

Moderne Dienstmädchen. Von einer Entwicklung der Dienstmädchenfrage nach einer zwar zeitgemäßen aber nicht gerade erfreulichen Richtung gibt ein Eingangs in den „Oppler Nachrichten“ Kunde, das folgende bezeichnende Einzelheiten wiedergibt: Die Zustände auf dem Dienstbotenmarkt haben sich auch hier so zuspitzt, daß eine öffentliche Besprechung derselben ungedruckt erscheint, um eine Abkühlung herbeizuführen. Die Schuld an den jetzt eingetretenen Verhältnissen trägt wohl zu einem großen Teil auch der Krieg. Das Angebot an Mädchen ist nicht gerade gering, aber die Bedingungen, die die Mädchen stellen, sind trotzdem ungeheuerlich. Für gewöhnlich geben sie nur gegen einen gewissen Tagelohn, der jetzt 2,50 Mk.

300 Mark beträgt, in Dienst. Außerdem verlangen sie aber noch vollständig Beförderung. Das Wachsen bei der Dienstherrenschaft wird abgelehnt. Die Mädchen sind hier in der Stadt schon in möblierten Zimmern eingemietet. Hier sind sie in der freien Zeit ungebunden, ihr Tun und Lassen wird von der Herrschaft nicht überwacht, sie können ihre nächtlichen Spaziergänge länger ausdehnen. Wenn nun die Mädchen in die Arbeit kommen, haben sie keine Arbeitskleider, sondern sie kommen in ihrem Straßenkleid. Für die Abendarbeit ist das Mädchen überhaupt nicht zu haben. Da hat es keine Verabredung und kommt einfach nicht. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß von der sittlichen Seite aus betrachtet, das Wohnen der Mädchen in möblierten Zimmern zu unhaltbaren Zuständen geführt hat und unbedingt einer sittenpolizeilichen Überwachung bedarf, soll sich nicht auch hier in Doppel ein Damentum breit machen, das Großstädten nicht nachsteht. Wenn die Einzelheiten dieser Schilberung zutreffen, so gibt es ja nette Ausflüchte, zumal wenn man berücksichtigt, daß diese Mitteilungen aus einer soliden Broschüre stammen.

Filmkassen. Die Richard-Oswald-Film-Gesellschaft in Berlin hat gegenwärtig einen Rechtsstreit mit dem bekannten Kinoführer Bernd Aldor. Bei dieser Gelegenheit erfahren die Einkommensverhältnisse der für das Lichtbild arbeitenden Schauspieler eine scharfe Beleuchtung. Bernd Aldor erhielt vor zwei Jahren noch das „geringfügige“ Spielhonorar von täglich 100 Mark. Jetzt verlangt er für sieben Filme — 140 000 Mark. Nach den Angaben des Künstlers ist ihm von anderer Seite anstandslos die Summe von 30 000 Mark für einen Film geboten worden. Da der Kinoführer gut fünf Filme im Jahre spielen kann, würde er schon ein Einkommen von jährlich 100 000 Mark haben. Der Reichsanwalt erhält einschlägig seiner Repräsentationsgelder jährlich auch nicht mehr als 100 000 Mark...

Das verkehrte Publikum ist ja selbst daran Schuld, wenn derartige Kommodanten solche verrückte Einkommen zugeschickt werden. Es gehört ja heute zum guten Geschmack, irgend ein überpannendes Stück, in dem die Seelenkämpfe irgend eines überpannten Filmkünstlers zum Ausdruck kommen, gesehen zu haben.

Die fleischlosen Wochen.

Die fleischlosen Wochen in den nächsten Monaten sind jetzt festgesetzt worden. Wie die „B. Z.“ am Montag hört, werden sie folgende Zeiten umfassen:

- 19. bis 25. August,
- 9. bis 16. September,
- 2. September bis 6. Oktober und
- 20. bis 27. Oktober.

Die augenblickliche Ration von 250 Gramm Fleisch soll nur noch bis zur zweiten Hälfte des August geliefert werden. Dann tritt die augenblickliche Herabsetzung auf 200 Gramm, und zwar für Städte mit über 100 000 Einwohnern in Kraft, die kleineren Städte sollen noch weniger Fleisch erhalten.

Tagung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker.

Berlin, 14. Juli. (WB.) Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat in vergangener Woche in Berlin getagt, um über tarifliche Angelegenheiten zu beraten und zu beschließen. Insbesondere handelte es sich um das dringende, mit den gesteigerten Kosten der Lebensunterhaltung begründete Verlangen der Gewerkschaft auf erhebliche Erhöhung der bisher bezogenen Tarifierungszulage. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde den Gewerkschaften eine weitere Tarifierungszulage von 13 bis 15 Mark pro Woche gewährt, zahlbar in zwei Raten am 1. August und 1. Dezember. Der Druckpreis wurde ferner eine weitere Erhöhung der Druckpreise um 25 v. H., ab 1. August, um weitere 15 v. H., ab 1. Dezember. Hierzu nahm der Tarifausschuß nachstehende Erklärung einstimmig an: „Auf die von der Preispolitik gewünschten Bedenken, die Druckpreise entsprechend den heutigen Verhältnissen bei der Druckkosten erhöhen zu können, erklärt der Tarifausschuß, daß die Tariforgane gehalten sein sollen, die Prinzipalkität hierin auf das nachdrücklichste zu unterstützen und alle tariflichen und gesetzlichen Mittel dazu zu benutzen. Beide Tarifparteien sollen diese Unterstützung ebenfalls ausdrücklich zu.“ Ferner wurde beschlossen, Vorbereitungen für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge an allen Druckorten zu treffen, und eine Vermittlung zwischen Prinzipal und Hilfsarbeitern über den Fortbestand bisher bestehender, inzwischen aber gekündigter Tarifverträge einzuleiten. Die Ausführung dieser Beschlüsse werden dem Tarifamt überlassen.

Im kriegspropagandistischen Gegenwartsstaat.

Dah mir diese Ueberschrift wählen, wird jeder verstehen, der über den Inhalt des hierunter in wertgetreuer Wiedergabe abgedruckten Briefes ruhig nachdenkt. Der Brief lautet: „Aus Osnabrück geht mir folgende Mitteilung zu, welche ich zur Kenntnis bringe, da der Vorgang ein Schulbeispiel ist für die unersättliche Rigorosität, welche dem Landwirt gegenüber pflichtgemäß, noch dazu in einer Woche, die dieselbe unter ruffischen Freiheiten leben mußte und welche sich, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ungünstiger Witterungsverhältnisse, wieder zu heben sucht.“

Frau St. (Witwe) besitzt ein Gut von etwa 300 Morgen im Kreise Jüterburg.

Ihr ältester Sohn, der bis zum Beginn des Krieges das Gut bewirtschaftete, ist gleich in den ersten Verteidigungskämpfen in Ostpreußen gefallen.

Ihr zweiter Sohn ist im Westen gefallen.

Ihr dritter Sohn ist seit Oktober 1914 im Westen.

Ihr vierter, noch unmündiger Sohn H. war die einzige männliche Stütze, die der schwerbedrängten Frau blieb.

Nach dieser wurde 1917 eingezogen.

Anfang 1918 wurde er beurlaubt zum Getreidebedarf, wobei mit peinlichster Gewissenhaftigkeit alles Verfügbare nach Bedarf abgeliefert wurde.

Nachdem dies erledigt war, legte H. 1 Zentner Roggen im Sprengel für sich zurück und hat seine Schwester L., ihm hieron Brot zu backen und nach und nach in die Garnison zu senden.

Der Verbrauch dieses Zentners kam jedoch nicht zur Ausführung, obwohl H. bereits wieder zur Truppe zurückgeführt war. Immerhin lag dieses Getreide noch in dem Sprengelraum, als Ende Februar eine Getreideverteilung stattfand.

Die aus drei Herren bestehende Kommission stieß auf diesen Zentner und ordnete an, daß derselbe abgeliefert sei.

Die Ablieferung ist sofort am nächsten Tage erfolgt.

Die Sache war also hiermit völlig erledigt.

Nach einiger Zeit erhielt jedoch Frau St. eine Verfügung des Landrats, daß dieser eine Zentner, welcher bereits abgeliefert war, abgeliefert sei, und außerdem wurde dem Gute die Selbstversorgung entzogen und die Insassen wurden auf Brotarten gestellt. Auch hiermit befriedigt sich Frau St. und glaubte, daß nunmehr wenigstens die leidige Angelegenheit erledigt sei. Jetzt im Juni — und das liegt der Sache die Krone auf — gehen folgende Strafzahlungsgebote bei Frau St. ein:

- 1. Sohn H. . . . 200 Mk.
- 2. Tochter L. . . . 200 Mk.
- 3. Frau St. . . . 300 Mk.

(welcher ihrerseits nichts von dem Zurücklegen des einen Zentners bekannt war.)

Diese Tatsachen bedürfen keines Zusatzes.

So wird mit einer Witwe verfahren, die zwei Söhne bereits dem Vaterland geopfert hat; die zwei weiteren Söhne stellt, um unsere Feinde abzumachen; die die russischen Herden auf ihrem schwerbedrängten Gute persönlich erliche und die jetzt — mit allen Jähren ihres Jenseins an der alten Scholle hängend — ihre letzte Kraft daran setzt, um diese sich und ihrer Familie zu erhalten.

Wenn so weiter fortgefahren wird, gerade an den festesten Stützen des Vaterlandes zu rütteln, so gehen wir unhaltbaren Verhältnissen entgegen.

Vom Felde der Ehre.



Nieder-Morstadt. Dem Gefreiten Karl Klein, Sohn des Wilhelm Bernhard Klein, wurde das Eisene Kreuz zweiter Klasse verliehen. Unseren herzlichsten Glückwunsch! **Eggen.** Wegen bewiesener Kaltblütigkeit und Unerschrockenheit in schwieriger Gefechtslage erhielt unter gleichzeitiger Beförderung zum Gefreiten Mustertier Fritz O. Klein, Sohn des Schneidemeisters Philipp O. Klein, zu seinen anderen Auszeichnungen als zweiter in unserer Gemeinde das Eisene Kreuz erster Klasse. Weiter wurde mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse ausgezeichnet Kanonier Seemann Bräutigam, Sohn des Landwirts Philipp Bräutigam II. Die Deutsche Tapferkeitsmedaille erhielt Mustertier Adolf H. H. H., Sohn des Wilhelm Soller I. Wir gratulieren herzlich!

Achtung!

Die für morgen, Mittwoch nachmittag, auf der Gehpötte bei Groß-Karben eintreffende Versammlung, Drucksache betreffend, muß Umstände halber verlagert werden. Sie findet also morgen nicht statt.

Aus der Heimat.

Friedberg. Die Herren Stadtverordneten werden hiermit zu einer Sitzung auf Donnerstag, den 18. Juli 1918, nachmittags 4 Uhr eingeladen. Tagesordnung: 1. Vortrag mit dem Militär-Büro; 2. Verhandlung mit der Eisenbahndirektion; 3. Besuch der Arbeiter am Gärtnertum zur Erhöhung ihrer Löhne; 4. Vorforderung der Stadt mit Kohlen; 5. Schreiben des Franz Houtter, betr. Holzlieferung der Stadt durch die Firma Schwarz & Söhne; 6. Besuch der Gewerkschule um einen städtischen Aufschuß; 7. Vertilgung der Sperlinge; 8. Ankauf eines Bullen; 9. Antrag auf Abwanderung des L. Herbert; 10. Erhöhung der Vergütung für den Schuldienster Kling; 11. Schreiben der Beamten-Vereinigung betr. Eingabe eines Beamtenvereins zum städt. Lebensmittel-Ausschuß; 12. Schreiben des hiesigen Städtebeamten-Verbandes; 13. Prüfung der Rechnung für 1918; 14. Besuch der H. Schmidt Erben um Nachschuß von Straßenreinigungskosten; 15. Mitteilungen; 16. Das Feuerlöschwesen in der Stadt Friedberg. Hierauf geheime Sitzung.

Friedberg. Oberste. Nach den Zusammenstellungen des „Praktischen Jagdberaters für Ost- und Westfalen“ hat sich in diesem Jahre leider die schlechteste Apfelernte zu erwarten im ganzen deutschen Reich. Offenlich nimmt davon die Landesobstfalle Maltz und nördlich darauf bei den maßgebenden Stellen in Berlin bei der Ablieferung der Äpfel im Herbst für Marmeladeherstellung, daß Hosen im Jahre 1917 bei einer guten Obsternte keine volle Pflicht getan hat und daß dieses Jahr Norddeutschland eine gute Apfelernte zu erwarten hat und ebenso seine Pflicht tun möge.

Friedberg. 14. Juli. Imkerversammlung. Am Sonntag nachmittag fanden sich trotz der schlechten Witterungsverhältnisse zahlreiche Imker hier ein, um über Imkerfragen zu beraten. Ein trefflicher Vortrag von Lehrer Kunt in Orlaben über „Spätsommerarbeiten auf dem Bienenstand“ fand reichen Beifall und regte lebhaftes Gespräch an. Leider fehlte

man fast von allen Imkern hörte, die diesjährige Honigernte sehr gering aus. Auch wurde bedauert, daß für die Bienenzucht immer noch zu wenig Jünger zur Verfügung gestellt wird. So gibt es leider keinen Jünger für Schärfer. Da aber an vielen Orten reichlich Schwärme seien, wäre es ganz in Ordnung, wenn man den Jüngern auch für Schwärme Jünger zur Winterausfütterung zuteilen würde. Die Förderung der Bienenzucht bedeutet ja wegen der Befruchtung der Blüten Förderung des Obstbaues und des Obstbaues.

Eggen. Welch lässige Erfahrung die Witwe mit unbekannten Logiergästen unter den heutigen Verhältnissen machen können, zeigt nachstehender Vorfall: In der Nacht von Samstag auf Sonntag beherbergte ein hiesiges Gasthaus eine Frau, welche daselbst vor Wochen in Gemeinschaft mit ihrem Gatten schon einmal bewohnt. Ihre Sonntag früh erfolgte Abreise förderte heute eine unangenehme Ueberraschung zu Tage. Sollen doch mit dem betreffenden Logiergast eine Anzahl wertvoller Kleidungsstücke verschwunden sein. Ob die Eintragung der Namen ins Fremdenbuch richtig erfolgt ist, wird die im Gange befindliche Untersuchung lehren.

Kang-Göns, 12. Juli. Heute wurde der Weichensteller Konrad Brädel, welcher am hiesigen Stationsbureau beschäftigt war, überfahren. Er wurde sofort in die Klinik nach Gießen gebracht, wo er an seinen Verletzungen starb.

Griechel. Das Gemeinderatsmitglied Bissel wurde als stellvertretender Bürgermeister wieder vereinfacht.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (Erschlagung der Frühkartoffeln.) Das Lebensmittelamt weist darauf hin, daß durch Verordnung des Magistrats vom 4. Juli die im Stadtgebiet Frankfurt gebauten und geernteten Frühkartoffeln beschlagnahmt worden sind. Ausgenommen ist die Ernte derjenigen Erzeuger, deren gesamte Kartoffel-Anbaufäche nicht mehr als 1 Hektar = 100 Quadratmeter beträgt. — Eingemengungen. Wie in der wieder Gemeinderatsversammlung mitgeteilt wurde, stehen die Eingemengungsverhandlungen der Stadt Frankfurt mit Griechel vor dem Abschluß. Die Verhandlungen mit Griechel dürften vorerst nicht zu Ende geführt werden. Die Verhandlungen mit Schwanheim scheinen zu ruhen.

FC. vom Main, 11. Juli. Wie aus der Unternehmungsbericht wird, gilt die heutige Honigernte zu zweidrittel bis dreiviertel als verloren. Alles was der Rat den Bienen brachte und den Bienen nicht schleunigst entnommen wurde, nahm der nächste Juni. Nichts mußten außer den Schwärmen auch alle Wässer gestrichen werden. Nach sieht die Ernte von dem zweiten Monatsloos aus, falls dieser nicht kühlt, oder er alsbald gemäht wird, darf der Imker ein weiteres Mißjahr haben.

FC. vom Main, 14. Juli. Die Genehmigung wurde erteilt der von Philipp Rudolf Graf Angenheim, Ehrl. zu Neßpelt, Dr. jur., Kammerer und Reichsrat der Krone Bayern, Schatzmeister von Nassau in Gießen, inhaftlich Urkunde vom 12. Februar 1918 zur Erinnerung an den 200jährigen Todestag seines Vaters, des Gründers der Universität Würzburg, Fürstbischofs Julius, Ehrl. zu Neßpelt, Herzogs in Franken, errichtet, mit einem Kapitale von 4000 Mark ausgestatteten „Julius Ehrl. Gedenkstiftung“.

Aus Eichenburg.

Offenbach, 11. Juli. In der Sammelgesellschaftsbibliothek von Mayer & Schmidt brach heute abend gegen 8 Uhr ein Brand aus, der schnell um sich griff und die Sammelgebäude innerhalb zweier Stunden zum großen Teil zerstörte. Die Offenbacher Feuerwehr, deren Mannschaft durch Einberufung stark vermindert ist, war außerstande, dem rasenden Element Einhalt zu tun, so daß man sich entschließen mußte, die Frankfurter Wehr zur Hilfe zu rufen. Als diese erschien, war nicht viel mehr zu retten. Der Schaden ist groß aber durch Versicherung gedeckt.

Darmstadt. Die Summe von nahezu Hunderttausend Mark, hat die Sammlung für die Lebensversicherung in den hiesigen Stadtbezirken ergeben, ein mit Würdigung auf die von allen Seiten gebachten Opfer ein sehr anerkennenswerter Betrag, den wir der eifrigen Sammelthätigkeit unserer Frauen und Mädchen zu verdanken haben. — Der Kommunalverband Darmstadt verteilte jedoch einen Teil des durch seine verschiedenartige Tätigkeit erzielten Ueberschusses die Summe von vorerst 100 000 Mark an die einzelnen Gemeinden des Kreises. Der Betrag macht ungefähr eine Mark für den Kopf der Bevölkerung aus, und soll in der Hauptsache zu Kriegswohlfahrtszwecken verwendet werden.

Groß-Geran, 11. Juli. Einen Einbruch beim Kommunalverband hat es nunmehr auch in hiesiger Kreisstadt gegeben. Die stalteten dem Spediteur des Kommunalverbandes einen Besuch ab und hielten von der vielbesprochenen Ware mitgehen. Der Vorfall gab Veranlassung, die Wache vor dem Lager zu verdoppeln und eventl. mit starken Patronen zu versehen.

FC. Groß-Geran, 14. Juli. Der Postaussteller Hühnerhof von hier wurde wegen Entwendung von Feldpoststempeln vom Schöffengericht in eine Gefängnisstrafe von vier Wochen genommen.

FC. Bensheim, 11. Juli. In der Scheune des Peter Jehnbeuer spielten Kinder mit Feuerzeug, wodurch ein Brand entstand, der jedoch durch das rasche Eingreifen der Nachbarn noch rechtzeitig gelöscht wurde.

Girchliche Nachrichten.

Gottesdienst in der Stadtkirche.
Mittwoch, 17. Juli, abends 8½ Uhr: Kriegsbändel.
Herr Direktor Schoell.

Gottesdienst im Stadtkirchlein Fauerbach.
Mittwoch, 17. Juli, abends 9 Uhr: Kriegsbändel.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Griesel, Friedberg; für den Angeigentell: R. Heyner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, K. G. Friedberg i. A.

